

Editorial

Kommunales hat Konjunktur. Nicht nur in Berlin mit seiner penetrant und atemlos inszenierten Feierei, den dazu gehörigen Revolten und dem schalen Gefühl, Politik und Spektakel seien nun endgültig eins geworden. Keine Angst, auch wenn dieses Heft von einer Berliner Redaktion verantwortet wird, droht keine weitere Belästigung mit ex-reichshauptstädtlicher Großtuerei. Dabei könnte, das schäbig-rissige Festtalmi abgekratzt, Westberlin durchaus ein Lehrstück in Sachen neuer Kommunalpolitik abgeben. Nirgendwo sonst werden Alternativprojekte so marktschreierisch eingesackt und als Lokalkolorit in die Sightseeing-Touren einbezogen.

Und dennoch wirkt der große Subventionstopf nur als Verstärker für allgemeinere Trends. »Alternativ«, so heißt es, sei längst ein amtlich beglaubigter Subventionstatbestand. Marginalisierung, die Auffächerung in verschiedenste Scenes und Konsummilieus, einzig entlang ihrer Kaufkraft gestaffelt, tiefer werdende Kluften zwischen erster und zweiter Stadt, erster und zweiter Politik, Gettobildung, aber auch Urbanität, Internationale Bauausstellung, behutsame Stadterneuerung — Berlin kann als Stichwortgeber für eine übergreifende stadtpolitische Debatte gesehen werden. Vieles gibt es auch anderswo, womöglich weniger kraß und widersprüchlich. Doch von Berlin wird nur am Rande die Rede sein, so im Beitrag von K. Homuth.

Daß es überhaupt zu einem nachhaltigen politischen Interesse an der kommunalen Ebene gekommen ist, erscheint im Rückblick ebenso überraschend wie unwahrscheinlich. Ihre beste Zeit hatte Kommunalpolitik wohl in den ersten Nachkriegsjahren. Zentralstaatliche Strukturen waren zerschlagen, Versorgungsnöte und Wiederaufbau waren vor Ort zu bewältigen, und die Siegermächte der Bizone gingen aufgrund ihrer eigenen politischen Kultur sehr selbstverständlich davon aus, daß lokale Demokratie und Selbstverwaltung ein unverzichtbarer Bestandteil von re-education sein sollte. Mit der Gründung der Bundesrepublik wurde allerdings schon sichtbar, daß es zum Bruch mit der spezifisch deutschen Tradition der kommunalen Selbstverwaltung nicht gereicht hatte. Die Betonung lag erneut auf »Verwaltung« im Sinne der Ausführung von zentralstaatlichen Beschlüssen, Weisungen der Kommunalaufsicht, trotz all der länderspezifischen Varianten in den Kommunalverfassungen. Was mit der preussischen Städteordnung von 1808 einsetzte, die Delegation von abgegrenzten staatlichen Aufgaben an eine örtliche Honoratioren-Selbstverwaltung, und auch durch die Ausweitung und Demokratisierung der elektoralen Elemente nicht wesentlich korrigiert wurde, etablierte sich erneut: Kommune als Restgröße, als unterste, mit einem dichten Netz von Weisungen, finanziellen Abhängigkeiten und gesetzlichen Auflagen regulierte Instanz in der Staatsorganisation, ebenso »bürgernah« wie gestaltungsschwach. Dies prägte auch den Kommunalparlamentarismus. »Gas- und Wassersozialisten« hatte Rosa Luxemburg abfällig die schon damals einflußreiche Riege von Kommunalparlamentariern in der Sozialdemokratie genannt. Der Wunsch nach institutioneller Anerkennung wurde nur allzu oft mit dem Verzicht auf eigene politische Zielsetzungen erkaufte. So gehört

es zur Erblast deutscher Kommunalpolitik, daß sie weder von einem selbstbewußten liberalen Bürgertum noch von einer Arbeiterbewegung geprägt wurde, die einen Munizipalsozialismus (wie z.B. in England) auf ihre Fahnen geschrieben hätte. Nichts muß hierzulande fremder wirken als die vor einigen Jahren vorgebrachte These, Kommunismus käme von kommunal (Michael Jäger). Zu stark war (und ist?) auch das oppositionelle Denken von zentralstaatlich-bürokratischen Vorgaben geprägt.

Mitte der sechziger Jahre zog der konservative Politologe Theodor Eschenburg eine vernichtende Bilanz. Kommunale Selbstverwaltung habe sich mit einem politischen Tabu umgeben, das kaum kritisches Licht auf die eher feudal als demokratisch strukturierte lokale Politik fallen ließ. Mit der rituellen Beschwörung von Gemeinschaft habe sich ein kritikfreier Raum entwickelt, in dem Repräsentation und Ordenssucht, Subalternität und Gefälligkeiten, Privilegien und Ehrungen treibhausmäßig gedeihen. Die Folge sind feudale Erbhöfe in den Parlamenten, Byzantinismus gegenüber den Verwaltungsspitzen, Hofberichterstattung in der Kommunalpresse, Pfründenwirtschaft von Wenigen und für Wenige und damit zwangsläufig verknüpft, ein breites Desinteresse der Bevölkerung an den »kommunalen Belangen«.

Auch wenn sich an der Wirklichkeit kommunaler Selbstverwaltung seither wenig geändert haben mag, ihr »Mythos« hat kräftig gelitten. Zunächst bekamen die Stadtherren von der Außerparlamentarischen Opposition und ihren Weiterungen Zunder. Dies anfangs eher beiläufig, schien doch die kommunale Ebene zu mickrig, um als Terrain der Selbst- und Systemveränderung oder gar der internationalen Solidarität zu taugen. Dennoch spielten sich ja alle Auseinandersetzungen auch auf lokaler Ebene ab. Hausbesetzungen und Kinderläden, »Rote Punkt«-Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen und autonome Lehrlings- und Jugendzentren gaben die Vorbilder ab für das eher moderate, professionell und mittelständisch geprägte Aufbegehren von Bürgerinitiativen, die sich um die Erhaltung ihres Stadtteils oder um bessere Infrastruktureinrichtungen (»Aktion Kleine Klasse«, Kindergärten etc.) bemühten. Die erste politisch-programmatische Reaktion auf diese Politisierung der lokalen Ebene kam von den apo-gestärkten Jungsozialisten (Kommunalpolitik für wen? — Arbeitsprogramm der Jungsozialisten von 1971). Seitdem sind die Debatten um die Chancen einer linken und alternativen Kommunalpolitik nicht abgerissen. Ihre Facetten sind vielfältig: von der Kritik eines sozialdemokratischen Kommunalreformismus bis zur Stärkung der »Politik von unten«, von der Restriktionsanalyse der kommunalen Ebene, ihrer politischen »Schein-Identität«, bis zur Kritik der städtischen Leitbilder, von der Bewohner- und Nutzerbeteiligung bis zur multikulturellen Urbanität.

Drei Kräftefelder prägen die aktuelle Auseinandersetzung um die Zukunft der Städte, um räumliche Nutzungen und politische Leitbilder. Da ist zunächst die dichte Mobilisierungsfolge der neuen sozialen Bewegungen. Ökologische, feministische und friedensbewegte Proteste, aber auch die Selbsthilfe- und Alternativprojekte haben die städtische Kultur nachhaltig verändert. Vormalis unpolitische Bereiche, wie z.B. Energie- und Wasserversorgung, Verkehr, Sozialverwaltung und Gesundheitsvorsorge wurden in erster Linie durch die Herausforderungen der neuen sozialen Bewegungen auf die politische Agenda gedrückt. Der Schein von Kommunalpolitik als »sachgerechter« und alternativer Verwaltung gehört in vielen Bereichen der Vergangenheit an. Auch wenn sich die Bewegungskul-

tur stabilisieren und in Form von parlamentarischen Vertretungen direkt ins kommunalpolitische Geschehen (bis hin zu »rot-grünen Bündnissen« auf kommunaler Ebene) vordringen konnte, ist deren Einfluß bislang vermutlich geringer geblieben, als die Intensität der »Diskurse« vermuten läßt. Die Synthetisierung zündender Alternativkonzepte steckt eher in widerspruchsvollen Anfängen. »Urbanität« oder »Kiez«, Stadtteilsyndikalismus oder Stadtpolitik, Ausdehnung der »zweiten Stadt« oder neue Mischungen lauten einige, der möglicherweise falsch gestellten Alternativen. Daß aus dem Patchwork der Bewegungsinitiativen nicht wie von selbst die Alternative erwächst, gehört zu den ernüchternden Erfahrungen der letzten Jahre.

Gegenpart der lokalen Bewegungsszene sind die traditionellen Machtzentren der Kommunalpolitik. Ihre Zentralität ist nicht nachhaltig erschüttert, aber mit neuen Problemlagen konfrontiert. Etablierte Kommunalpolitik hat krisenbedingt einen paradoxen Bedeutungszuwachs erfahren. Die Krisenpolitik des Bundes schob den Kommunen einen Löwenanteil der Folgelasten zu und entzog ihnen zugleich die fiskalischen Ressourcen. Das Abdrängen der Arbeitslosen in die Sozialhilfe, die von den Gemeinden zu tragen ist, stellt nur das bekannteste Beispiel dar. Diese Finanzklemme zwingt zugleich zu lokalen Initiativen in Richtung Wachstums- und Beschäftigungspolitik, um dem drohenden Bankrott zu entgehen. Im städtischen Umland finden sich daher kaum mehr Freiflächen, wo nicht mit großen Werbetafeln Industrie und Gewerbe mit Sonderkonditionen angelockt wird. Gründerzentren und Technologieparks liegen ebenso im Trend wie die Förderung von Selbsthilfegruppen und Beschäftigungsinitiativen auf dem »alternativen« und »zweiten« Arbeitsmarkt. Not macht erfinderisch. Da sich alle Akteure auf solche »endogenen« Entwicklungspotentiale (und Sparpolitiken) besinnen müssen, verstärken sich regionale Disparitäten im Großen (Süd/Nord-Gefälle, Abwertung von »alten« Industrieregionen wie im Ruhrgebiet und im Saarland) wie im Kleinen (Segregationsprozesse in den Städten). Die krisenbedingte Suche nach neuen Ufern endet an vielen Orten mit einem Rückzug des Politischen auf eine bloße Verwaltung der Misere. Von sich Reden machen allerdings vor allem jene, die sich weiter ins offene Wasser wagen, oder zumindest mit einigen Experimenten und Modellprogrammen solche Bereitschaft signalisieren. Unkonventionelles ist hier gefragt. Wer hinter den kleinen kommunalen Experimentierbaustellen (mit zumeist äußerst begrenzter Zukunft und Reichweite) und der sie begleitenden Rede von Umbau, neuen sozialen Balancen und urbanen Zukünften noch nach handfesteren räumlichen und sozialstrukturellen Entwicklungsmustern sucht, gerät leicht ins miesmacherische Abseits.

Dies liegt auch an der Präsenz eines intermediären Bereichs zwischen Bewegungen und herrschender Stadtpolitik. Hier tummeln sich vor allem die »Spezialisten des Städtischen« — ein buntes Völkchen von »radical professionals«, die es heute in allen Berufsfeldern gibt, von »neuen« Professionellen aus den Projekten und Einrichtungen der Bewegungsmilieus und von Leuten, die sich in Bürgerinitiativen, entlang eigener Betroffenheiten kompetent gemacht haben und ihre Stimme in den stadtpolitischen Auseinandersetzungen erheben. Wesentliches Ergebnis dieser intermediären Politik ist eine Fülle von fachlichen und bereichsspezifischen Alternativvorschlägen, die zumeist in viele Richtungen weisen. Teils sind sie näher an der politischen Spitze, teils an den Bewegungsmilieus angelagert, und ihre Durchsetzungsfähigkeit hängt auch von der Einbindung in diese beiden Machtzonen ab.

Gesellschaftsanalytischen Tiefgang erhält die Auseinandersetzung mit kommunalpolitischen Alternativen und raumstrukturellen Veränderungen erst, wenn sie sich auf die Debatte um neue Akkumulationsstrukturen, über die Wege aus der Krise der keynesianischen oder fordistischen Ära beziehen läßt. Da in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbruchsituation vieles gleichzeitig ins Rutschen gekommen ist, geraten solche Verortungen sehr schnell an Grenzen. Die raumstrukturellen Veränderungen sind zugleich Voraussetzung und Element veränderter Akkumulationsbedingungen und nicht nur deren Folge. Dies verleiht den städtischen (und ländlichen) Konflikten eine spezifische Brisanz, und macht die raumbezogenen Auseinandersetzungen zu einem wichtigen Terrain, auf dem um die Konturen der »Nachkrisengesellschaft« gerungen wird.

Gründe genug, daß sich auch PROKLA in diese Kontroversen einmischt. Am Anfang steht ein britischer Beitrag, der sich unter klassen- und staatstheoretischen Gesichtspunkten mit den Handlungsmöglichkeiten und Variationen auf lokaler Ebene auseinandersetzt. Die Rede vom »lokalen Staat« kann sich nicht nur auf munizipal-sozialistische Traditionen (»rote« Kommunen) und die lokale Oppositionspolitik gegen die Thatcher-Regierung (am bekanntesten das deshalb aufgelöste Greater London Council) berufen, wenn es um den Nachweis geht, daß lokalstaatliche Institutionen nicht die schlichte Verlängerung zentralstaatlicher Vorgaben sein müssen. *Simon Duncan*, *Mark Goodwin* und *Susan Halford* entfalten auch eine systematische Begründung für die Notwendigkeit unterschiedlicher lokalstaatlicher Politiken. Kapitalistische Akkumulation ist danach zentral durch räumliche und zeitliche Ungleichheiten gekennzeichnet, die sich zu lokalspezifischen »spatial fix« verfestigen. Dies bedingt und ermöglicht die Ausbildung von regionalen politischen Traditionen auf allen Ebenen lokaler Gesellschaften. An ihren empirischen Beispielen wird dabei deutlich, daß lokale Politikvariationen komplexe Ursachen haben, die von lokalen Arbeitsmärkten, klassenspezifischen Bündnissen, Arbeiterbewegungstraditionen bis zu Familienmustern und Geschlechterbeziehungen reichen. Ihr Beitrag liest sich u.a. wie eine Aufforderung, die »barfußhistoriographischen« Bemühungen um Stadt- und Regionalgeschichte mit der aktuellen kommunalpolitischen Debatte zu verknüpfen und damit vom »Folklore«-Verdacht zu befreien.

Stefan Krätke und *Fritz Schmoll* knüpfen in ihrem Beitrag an die »local state«-Debatte an und versuchen, sie systematisch für die hiesige Diskussion fruchtbar zu machen. Gängige Vorstellungen vom Bedeutungszuwachs der lokalen Ebene, ihrer »relativen Autonomie« und die Bedingungen von Gegenmacht werden einer kritischen Betrachtung unterzogen und in den Kontext veränderter Akkumulationsbedingungen gestellt. Nachdem die theoretische Debatte über die Stellung der Kommunen in der Staatsorganisation und die Chancen lokaler Politik irgendwann in den siebziger Jahren eingeschlafen ist und die pragmatischen, fachbezogenen Fragen in den Vordergrund rückte, bieten die Autoren einen bereits gut ausgeführten Anstoß für die angesichts einer disparaten »Experimentierbaustelle« alternative Kommunalpolitik doch dringend angebrachte systematische Reflexion dieses Handlungsfeldes.

Wie wichtig dies gerade für die kommunalen Initiativen aus dem Umfeld von Protesten und Bewegungen sein dürfte, belegt *Margit Mayer* für die Entwicklung der städtischen Sozialbewegungen in den USA. Auch wenn dort die Revolten und Ghettoaufstände wesentlich

militanter und nachhaltiger das Stadtleben erschütterten und die Kommunen ungleich flexibler auf sie reagierten, fallen die Parallelen zur westdeutschen Szene ins Auge. Vor noch nicht einmal zehn Jahren war die Alimentierung durch »Staatsknete« in alternativen Kreisen weithin verpönt. Erleben wir nicht auch hierzulande einen Prozeß der »Inkorporierung« durch Staat und Markt?

Daß dieser Prozeß nicht ohne ideologische Umrüstung möglich und wirksam werden kann, belegt die Konjunktur von Urbanität und Stadtkultur, von Museen, Ausstellungen und Festivitäten. Es gehört zu den Absurditäten der stadtbezogenen Wissenschaftsmodes, daß in noch leidlich prosperierenden Zeiten vornehmlich ökonomische, fiskalische und klassenspezifische Grenzen kommunaler Politik debattiert wurden, während in den Stagnations- und Krisenzeiten solche Fragen eher auf Langeweile treffen und die luftigen Diskurse über eine postmoderne Stadtkultur gepflegt werden.

Liegt dies an den erfolgreichen Offensiven der neokonservativen Stadtpolitiker à la Wallmann und Diepgen, an den Brotkorb- (pardon: Baguette-)Horizonten von an der kulturalistischen Wende verdienenden urbanen Mittelschichten oder daran, daß sich die Marginalisierten bislang nur gelegentlich in das politische Tagesgeschehen einmischen? *Karl Homuth* geht einer anderen Fährte nach, um der aktuellen Politik mit der Kultur auf die Schliche zu kommen. Sie ist für ihn wesentlich »Identitätspolitik«, die mit Identifikationsangeboten und sozialen Räumen für die Entfaltung unterschiedlichster Lebensstile auf die Erosion des Sozialen in den Städten reagiert. »Brot und Spiele« als gerade in verunsichernden Krisensituationen und bei auseinanderdriftenden Lebenschancen stets aktuelle Devise herrschaftlicher Realitätsverdrängung.

Einen historischen Blick auf die gegenwärtige Modernisierung des Alltagslebens erlaubt der Beitrag von *Detlev Ipsen*. Gestützt auf Studien zur Erschließung des Vogelsberggebiets (Mittelhessen) für jene fordistischen Produktions- und Reproduktionsformen, deren Krise wir seit einigen Jahren durchleben, wird eindrucksvoll vor Augen geführt, wie umfassend und radikal solche Veränderungen ausfallen können, selbst wenn sie in der harmlosen Gestalt von Wasseruhren daherkommen. Wenn heute auf »endogene Entwicklung« gesetzt wird, sollte uns dies nicht beruhigen, sondern zur politischen Intervention herausfordern, damit dies eine Entwicklung in unserem Sinne werden kann.

* * *

Außerhalb des Schwerpunktthemas behandelt *Holm-Detlev Köhler* in PROKLA 68 ein aktuell-politisches Thema — den sozialen, ökonomischen und politischen Wandel im nach-francistischen Spanien. Seine Hauptthese ist dabei die: Der Übergang Spaniens von einem autoritär-diktatorischen zu einem bürgerlich-demokratischen System werde wesentlich bestimmt durch das Ausbleiben jenes »Demokratischen Bruchs«, den die demokratische Opposition fordert, und durch ein spannungsreiches Aufeinandertreffen von Wirtschaftskrise und politischem Systemwandel. Die knapp 10jährige Phase der »transición« unterteilt Köhler in zwei — durch den Putschversuch von 1981 getrennte — Etappen: Die erste war demnach gekennzeichnet durch die Herausbildung demokratischer Institutionen unter Beibehaltung der francistischen Legalität. Die zweite Etappe der sozialistischen Regierungs-

epoche stehe demgegenüber unter dem Vorzeichen ökonomischer Modernisierung und Integration Spaniens in den europäischen Kapitalismus.

* * *

In der Sektion »Theorie-Diskussion« der PROKLA 68 stellt *Lutz Raphael* zentrale Kategorien des französischen Sozialwissenschaftlers P. Bourdieu vor und versucht, deren Anregungspotential für eine kritische Soziologie der Politik aufzuweisen. Dabei konzentriert Raphael sich zunächst auf Bourdieus Begriffe der »Strategie« und des »Habitus« — als Kategorien der Vermittlung von Handlungs- und Systemtheorie; fragt sodann nach den Perspektiven der von Bourdieu vorgenommenen Erweiterung des »Kapital«-Begriffs für gegenwartsbezogene polit-ökonomische Ansätze; und diskutiert schließlich das Konzept des »Klassenhabitus« als Beitrag zur Überwindung von Aporien der (marxistischen) Klassenanalyse.

* * *

Das Schwerpunktthema »Lokaler Staat und Kommunalpolitik« wurde ganz wesentlich realisiert durch die Gastredakteure *Karl Homuth, Stefan Krätke, Roland Roth, Fritz Schmoll, Christof Watkinson*. Ihnen gilt an dieser Stelle unser Dank für ihre Anstrengungen.

Die Redaktion